



KOMMENTAR

## Jahresgutachten ist Ausweis unserer Wirtschaftskompetenz

Von Peter Altmaier



**Peter Altmaier**

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Der am Mittwoch vorgelegte Jahreswirtschaftsbericht ist Anlass für Zuversicht und gleichzeitig Ausweis der klugen und umsichtigen Politik der Bundesregierung unter der Führung von CDU und CSU. Deutschland steht besser da als die meisten Industrieländer. Das liegt auch an unserer pragmatischen Krisenbewältigungsstrategie. Unsere Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise greifen, das bestätigt auch der jetzt prognostizierte Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,4 Prozent. Dass die Bundesregierung bislang nur von 1,2 Prozent Wachstum ausging, ist Ausdruck von Umsicht und Seriosität. Deshalb müssen wir unsere Prognosen nicht dauernd nach unten korrigieren, wie das zu Rot-Grünen Zeiten der Fall war.

Die Exporte werden um 5,1 Prozent steigen, die Importe um 3,4 Prozent. Der Geschäftsklima-Index ist zum zehnten Mal in Folge gestiegen. Der Arbeitsmarkt ist in einer nach wie vor guten Verfassung. Selbst der Internationale Währungsfonds hat seine Prognose für Deutschland angehoben. Dennoch sind die Herausforderungen groß: Wir haben noch längst keinen Aufschwung, der ohne staatliche Hilfe stabil wäre. Und wir haben einen EU-Stabilitätspakt und eine Schuldenbremse, die uns in den nächsten Jahren vor schwere Aufgaben stellen werden. Die Steuerschätzung im Mai ist deshalb so wichtig, weil sie uns die Handlungsspielräume verdeutlichen wird, die es zum Beispiel für Steuerreformpläne gibt. Eins ist völlig klar: Ohne Wachstum werden wir in der Krise verharren. Jedes Prozent, um das die Wirtschaft wächst, bringt unserem Gemeinwesen fünf Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen und kommt direkt und indirekt unseren stark strapazierten Sozialversicherungen zugute.

Dennoch sind die Herausforderungen groß: Wir haben noch längst keinen Aufschwung, der ohne staatliche Hilfe stabil wäre. Und wir haben einen EU-Stabilitätspakt und eine Schuldenbremse, die uns in den nächsten Jahren vor schwere Aufgaben stellen werden. Die Steuerschätzung im Mai ist deshalb so wichtig, weil sie uns die Handlungsspielräume verdeutlichen wird, die es zum Beispiel für Steuerreformpläne gibt. Eins ist völlig klar: Ohne Wachstum werden wir in der Krise verharren. Jedes Prozent, um das die Wirtschaft wächst, bringt unserem Gemeinwesen fünf Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen und kommt direkt und indirekt unseren stark strapazierten Sozialversicherungen zugute.

Dennoch sind die Herausforderungen groß: Wir haben noch längst keinen Aufschwung, der ohne staatliche Hilfe stabil wäre. Und wir haben einen EU-Stabilitätspakt und eine Schuldenbremse, die uns in den nächsten Jahren vor schwere Aufgaben stellen werden. Die Steuerschätzung im Mai ist deshalb so wichtig, weil sie uns die Handlungsspielräume verdeutlichen wird, die es zum Beispiel für Steuerreformpläne gibt. Eins ist völlig klar: Ohne Wachstum werden wir in der Krise verharren. Jedes Prozent, um das die Wirtschaft wächst, bringt unserem Gemeinwesen fünf Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen und kommt direkt und indirekt unseren stark strapazierten Sozialversicherungen zugute.

### THEMA DER WOCHE

## Wir müssen den Afghanen die Kraft zur Eigenverantwortung geben

Die internationale Gemeinschaft muss in Afghanistan Erfolg haben. Wir wissen: Die Aufgabe ist schwierig. Unsere Soldaten verrichten wie alle Angehörige der internationalen Schutztruppe ISAF und die zivilen Aufbauhelfer einen Dienst unter Lebensgefahr. Ihnen gilt zu allererst unser Dank. Vieles ist in Afghanistan erreicht worden – trotz aller Rückschläge. Die Schreckensherrschaft der radikalen Taliban, die die Menschenrechte missachteten wie kaum ein anderes Regime auf der Welt, ist gebrochen. Afghanistan ist nicht mehr der ruhige Rückzugsraum für Terroristen wie noch vor dem 11. September 2001. Das dient den elementaren Sicherheitsinteressen Deutschlands. Im ganzen Land – gerade im deutschen Kommandobereich im Norden – zeigt der Wiederaufbau Erfolge: Schulen und Krankenhäuser haben die Lebensumstände des afghanischen Volkes verbessert. All das Erreichte muss bewahrt werden.

Dennoch ist es richtig, wenn die Staatengemeinschaft ihre Afghanistan-Strategie neu beschreibt. Sie steht nun mehr denn je unter dem Motto: Die Eigenverantwortung der Afghanen stärken - hin zur Übergabe in Verantwortung. Nur so werden die demokratisch legitimierten Vertreter des afghanischen Volkes in die Lage versetzt, in absehbarer Zukunft ihr Gemeinwesen in eigene Hände zu nehmen. Zu diesem Zeitpunkt wird die Rückkehr unserer Soldaten möglich sein, die wir uns so sehr wünschen. Dennoch wäre es falsch, schon jetzt ein konkretes Rückzugsdatum zu nennen. Dies würde nur den Taliban nutzen.

Deutschland wird seinen Beitrag leisten. Wir können uns nicht aus der Pflicht zur Stabilisierung des Landes stehlen. Die Vorschläge der Bundesregierung stellen ein ausgewogenes Konzept dar. Die Vorschläge fordern auch der afghanischen Regierung einiges ab. Uns ist immer bewusst, dass die Erhöhung der Zahl der Soldaten eine menschlich schwierige Entscheidung ist. Die Bundesregierung hat aber recht, wenn sie nun eine moderate Aufstockung vorschlägt. Nur so kann über eine intensivere Ausbildung eine afghanische Armee und Polizei aufgebaut werden, die für Frieden und Sicherheit in ihrem Land sorgen können.

Wir werden vermutlich in der kommenden Sitzungswoche über die Einzelheiten des Konzepts weiter diskutieren, wenn die konkreten Beschlüsse der Londoner Beschlüsse vorliegen. Die Richtung stimmt aber. Es ist ein Konzept der Vernunft.

Wir werden vermutlich in der kommenden Sitzungswoche über die Einzelheiten des Konzepts weiter diskutieren, wenn die konkreten Beschlüsse der Londoner Beschlüsse vorliegen. Die Richtung stimmt aber. Es ist ein Konzept der Vernunft.

Wir werden vermutlich in der kommenden Sitzungswoche über die Einzelheiten des Konzepts weiter diskutieren, wenn die konkreten Beschlüsse der Londoner Beschlüsse vorliegen. Die Richtung stimmt aber. Es ist ein Konzept der Vernunft.



**Volker Kauder**

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundtagsfraktion

## Regierungserklärung zur Afghanistan-Strategie



**Philipp Mißfelder**  
Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe Auswärtiges



**Ernst-Reinhard Beck**  
Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe Verteidigung



**Thomas Silberhorn**  
Vorsitzender des  
Arbeitskreises Auswärtiges  
und Verteidigung der CSU-  
Landesgruppe



**Holger Haibach**  
Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe Wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und  
Entwicklung

Deutschland reist mit einem Gesamtpaket zur Londoner Afghanistan-Konferenz, das dem Ansatz der vernetzten Sicherheit folgt und es weiterentwickelt. Einen Tag vor Beginn der Afghanistan-Konferenz in London zog Bundeskanzlerin **Angela Merkel** in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag eine gemischte Bilanz des bisherigen Einsatzes. "Es gab manche Fortschritte, aber zu viele Rückschläge", betonte die Bundeskanzlerin. Der Einsatz der Bundeswehr "war und ist im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes". Es geht darum, dem internationalen Terrorismus die Rückkehr an seine wichtigste Heimstatt zu verwehren.

Die internationale Staatengemeinschaft habe ihre Ziele in Afghanistan noch nicht erreicht, bekräftigte Merkel. Deshalb hätten Deutschland, Frankreich und Großbritannien im September 2009 die Initiative zu einer internationalen Afghanistan-Konferenz ergriffen. Beraten werde über die Frage, wie die Verantwortung für Sicherheit und Stabilität im Land Schritt für Schritt in die Hände der Afghanen gelegt werden könne. In London gehe es also um eine Strategie der Übergabe in Verantwortung an Afghanistan.

Der Schutz der afghanischen Bevölkerung soll dabei nach deutschem Willen noch mehr im Mittelpunkt stehen als bisher. Die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte soll noch verstärkt werden. Dazu will die Bundesregierung 500 Soldaten zusätzlich nach Afghanistan entsenden. Weitere 350 Soldaten bildeten eine "flexible Reserve", um auf besondere Situationen reagieren zu können. Auch die Zahl der Polizeiausbilder soll von 123 auf 200 erhöht werden.

Bei seinem schon heute beachtlichen Einsatz will sich Deutschland weiterhin auf den Norden des Landes konzentrieren. Die Mittel für den zivilen Wiederaufbau sollen von 230 auf 430 Millionen Euro steigen, also nahezu verdoppelt werden, kündigte Merkel an. Mit einer klaren Zielsetzung: eine bessere Infrastruktur für das Land, kompetente Sicherheitskräfte und mehr Kinder in die Schulen.

Gemeinsam mit der afghanischen Regierung will die Bundesregierung zudem den innerafghanischen Versöhnungsprozess unterstützen. Gemäßigte Taliban-Kämpfer, die vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen kämpfen, sollen für die Gemeinschaft zurückgewonnen werden: etwa mit Ausbildung und mit Beschäftigung als Bau- und Landarbeiter in Infrastrukturprojekten.

Für dieses Re-Integrationsprogramm sind insgesamt rund 350 Millionen Euro vorgesehen. 50 Millionen davon will Deutschland in den nächsten fünf Jahren übernehmen.

Erneut sprach sich die Kanzlerin gegen ein festes Abzugsdatum aus. "Gerade wer möchte, dass der Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft in absehbarer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden kann, darf dem Drängen auf ein Abzugsdatum nicht nachgeben". Zugleich äußerte sie die Hoffnung, dass im ersten Halbjahr 2011 erste Distrikte der Nordregion, wo Deutschland die Verantwortung trägt, an die afghanischen Behörden übergeben werden könnten. "Im zweiten Halbjahr könnten dann gegebenenfalls der Gesamtumfang unserer Truppen reduziert werden". Ausdrücklich begrüßte

## >>> REGIERUNGSERKLÄRUNG ZU AFGHANISTAN

Merkel das Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 im ganzen Land die Sicherheitsverantwortung übernehmen zu wollen.

In der anschließenden Debatte sagte **Philipp Mißfelder**, außenpolitischer Sprecher der Fraktion, es sei kein Selbstzweck, in Afghanistan zu sein, sondern es liege in unserem ureigenen Interesse, die Interessen Deutschlands auch in Afghanistan zu verteidigen. Außerdem sei überhaupt nicht alles schlecht in Afghanistan, wie so oft behauptet werde. Die Hoffnung, die viele Menschen in Afghanistan in das deutsche Engagement setzten, sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. „Schauen Sie sich allein einmal an, wie massiv sich das Rollenverständnis der Frauen innerhalb Afghanistans trotz der schwierigen gesellschaftlichen Situation verbessert hat“, bemerkte Mißfelder. Im Auswärtigen Dienst der afghanischen Regierung betrage der Frauenanteil heute 18 Prozent, was exemplarisch die verbesserte Lage der Frauen in Afghanistan zeige. Mißfelder wies darauf hin, dass 11 000 Unterrichtsräume für 500 000 Schülerinnen und 25 000 Lehrer unter deutscher Führung entstanden seien. Heute gingen rund 7 Millionen Kinder zur Schule, davon seien 35 Prozent Mädchen. Es gebe noch weitere Erfolge in Afghanistan zu verzeichnen. 600 Kilometer Straße seien gebaut und 250 000 Haushalte in Nordafghanistan an Bewässerungsanlagen angeschlossen worden. Auch der Optimismus, den die Afghanen in ihrer Gesellschaft selber spürten, sei erwähnenswert, sagte Mißfelder. Eine Umfrage von ARD, BBC und dem amerikanischen Sender ABC habe ergeben, dass 70 Prozent der Afghanen optimistisch in die Zukunft blickten.

**Ernst-Reinhard Beck**, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion, regte an, die Konzeption von EUPOL zu überdenken. EUPOL berate nur afghanische Ministerien und afghanische Behörden. „Wäre nicht ein Teil dieser 200 Polizisten, die von europäischen Ländern gestellt werden, besser aufgehoben, indem sie zur Verstärkung der Ausbildung vor Ort eingesetzt werden?“, fragte Beck. Bezüglich der öffentlichen Vorwürfe, dass für die geplante Reintegration von Taliban viel Geld fließen würde, regte Beck an, die afghanischen Soldaten und Polizisten, die von Deutschland ausgebildet werden, zumindest für eine bestimmte Zeit besser zu bezahlen. Sozial abgesicherte Sicherheitskräfte seien weniger anfällig für Geldzuwendungen von anderer Seite. An dieser Stelle wäre das Geld gut investiert, wenn man wirklich Versöhnung herbeiführen wolle. Als weiteres wichtiges Vorhaben nannte Beck die Neudefinition der rechtlichen Grundlagen für den Einsatz der Bundeswehr. Es müsse das humanitäre Völkerrecht und nicht die deutsche Strafprozessordnung zur rechtlichen Grundlage für den Einsatz unserer Soldaten werden. „Diese Rechtssicherheit sind wir unseren Soldaten

schuldig“, betonte Beck und erneuerte die Forderung nach der Einrichtung einer zentralen Staatsanwaltschaft.

**Thomas Silberhorn**, Vorsitzender des Arbeitskreises Auswärtiges und Verteidigung der CSU-Landesgruppe, betonte das Problem der Rechtssicherheit. Die entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen klärten nicht die Frage, ob das konkrete Handeln eines Bundeswehrsoldaten vor Ort nach deutschem Strafrecht oder nach Völkerrecht zu beurteilen sei. „Ich finde, diese Frage kann man nicht den Staatsanwälten überlassen, die ja nur am grünen Tisch entscheiden können. Das ist auch für die Staatsanwälte eine Zumutung“, bemerkte Silberhorn. Ferner führte Silberhorn aus, dass er in Afghanistan greifbare Erfolge bei der Bekämpfung des Drogenbaus, beim Aufbau von Verwaltung und Justiz und bei der Bekämpfung von Korruption und Kriminalität vermisste. Darüber müssten mit der afghanischen Regierung sehr deutliche Worte gesprochen werden. Es müsse Sorge getragen werden, dass unsere Hilfe nicht als ein Beitrag zur Stabilisierung der derzeitigen Amtsinhaber missverstanden werde oder gar zur Aufrechterhaltung korrupter Strukturen missbraucht werden könne.

**Holger Haibach**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, äußerte eindringlich, wie wichtig der entwicklungspolitische Aspekt des Konzepts sei. Es sei ein „goldrichtiges Zeichen“, dass sich die Koalition vorgenommen habe, die Mittel für den zivilen Aufbau in Afghanistan insgesamt auf über 400 Millionen Euro aufzustocken. Das habe keine andere Bundesregierung zuvor gemacht. Die drei wichtigsten Themen, die jetzt angegangen werden müssten, seien Sicherheit, Entwicklung und Regierungsfähigkeit. Sicherheit bedeute nicht nur Sicherheit für unsere Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer, sondern zuerst und vor allem auch Sicherheit für die Menschen in Afghanistan.

Das größte ungelöste Entwicklungsproblem sei der Drogenanbau. Er sei offensichtlich noch immer lukrativer als beispielsweise die Erzeugung von Lebensmitteln. „Wir müssen noch sehr viel darüber nachdenken, wie wir an dieser Stelle vernünftig weiterkommen“, bemerkte Haibach.

Wichtigster Punkt sei allerdings die Regierungsfähigkeit. Afghanistan sei ein Land, das nie eine sehr starke Zentralgewalt gekannt habe und immer sehr provinziell und nach Stämmen aufgestellt gewesen sei. Diese Erkenntnis lasse sich in der nun vorgelegten Strategie sehr gut wiederfinden. Es sei sehr wichtig, die Afghanen bei der Entscheidung, was vor Ort in welchen Projekten gemacht werden soll, tatsächlich zu unterstützen und sie zu beteiligen. Der Provincial Development Fund biete dafür viele Möglichkeiten.

## Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht



**Joachim Pfeiffer**  
Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe  
Wirtschaft und  
Technologie



**Michael Meister**  
Stellvertreter  
Fraktionsvorsitzender



**Georg Nüßlein**  
Vorsitzender des  
Arbeitskreises Wirtschaft  
und Technologie der  
CSU-Landesgruppe



**Heinz Riesenhuber**  
Alterspräsident des  
17. Deutschen  
Bundestages



**Nadine Müller**  
Mitglied des  
Ausschusses für  
Wirtschaft und  
Technologie

Am Donnerstag dieser Woche wurde der Bundestag von der Bundesregierung über den Jahreswirtschaftsbericht 2010 der Bundesregierung und über das Jahresgutachten 2009/10 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unterrichtet. In der Debatte sagte **Joachim Pfeiffer**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie, die Zahlen der Sachverständigen und der Jahreswirtschaftsbericht zeigten, dass es in die richtige Richtung gehe, nämlich nach oben. Es gebe aber keinen Anlass zu „Friede, Freude, Eierkuchen“ im Jahr 2010, da in diesem Jahr die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung trotz Wachstums abnehmen werde. Auch das vorausgesagte Wachstum beruhe zu einem Teil auf den Maßnahmen, die diese Bundesregierung und die Vorgängerregierung mit dem Bürgerentlastungsgesetz, dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und den Konjunkturpaketen in Kraft gesetzt haben. Die Herausforderung des Jahres 2010 und der folgenden Jahre werde die Organisation dauerhaften Wachstums sein, so Pfeiffer.

Deshalb müsse man mit einem klugen Mix von Maßnahmen in allen Sektoren und auf allen Märkten agieren. Pfeiffer betonte, dass man zunächst dafür sorgen werden müsse, dass insbesondere der Mittelstand ausreichend mit Krediten versorgt wird. Pfeiffer plädierte für die Idee der portfolioorientierten Kreditversorgung: Demnach soll ein Portfoliomix durch zweckgebundene Globaldarlehen refinanziert werden, damit die dadurch frei werdenden Mittel zusätzlich in den Kreditmarkt fließen können und so die Kreditversorgung gesichert werden kann. So werde der Wirtschaft intelligent auf die Sprünge geholfen, sagte Pfeiffer.

Als wichtige Aufgaben nannte Pfeiffer die Stützung der Gütermärkte, die Reform des Insolvenzrechts, den Bürokratieabbau, ein Energiekonzept und die Arbeitsmarktpolitik. Hier müsse ein Hauptziel sein, die Sozialversicherungsbeiträge, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, dauerhaft unter 40 Prozent zu halten, damit Arbeit bezahlbar bleibe und Wachstum ausgelöst werden könne.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Michael Meister** sagte, die Koalition habe schon viel getan, um Insolvenzen zu vermeiden und dadurch Beschäftigung zu sichern. Es sei die Sanierungsklausel und die Zinsschranke für den Mittelstand im Steuerrecht entschärft worden. Die Koalition habe auch dafür gesorgt, dass Unternehmen nicht durch ertragsunabhängige Steuerbestandteile belastet werden. Meister betonte, dass mit diesen im Wachstumsbeschleunigungsgesetz stehenden Maßnahmen Insolvenzen vermieden und Arbeitsplätze in Deutschland erhalten werden sollen. Zur Kreditklemme meinte Meister, dass die Banken, sollte es zu einer Neuregulierung der internationalen Finanzmärkte kommen, wohl mehr Eigenkapital bräuchten und dass die Kreditvolumina, wenn das Eigenkapital nicht schnell genug aufgebaut werden könne, geringer würden. „Deshalb plädiere ich an dieser Stelle dafür, dass wir in Deutschland ein Verbriefungsgesetz schaffen, nach dem hochwertige Mittelstandskredite verbrieft werden können und das die Banken in die Lage versetzt, Kredite zu vergeben“, sagte Meister. Hier könne man auch national handeln.

**Georg Nüßlein**, Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und Technologie der CSU-Landesgruppe sagte zur Energiepolitik, es gehe um die Frage, wie man die erneuerbaren Energien so weit ausbauen könne, dass sie die Hauptrolle im Energiemix spielen. Wie könne das erreicht werden, ohne energieintensive Bereiche aus dem Land zu treiben oder die Strompreise unsozial zu verteuern. Nüßlein sprach sich für einen dynamischen Energiemix aus, in dem die erneuerbaren Energien „sukzessive“ aufwüchsen und dann die klassischen Energieformen ersetzen sollten. Es müsse aber mit Blick auf die Preise dafür gesorgt werden, dass die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert werden, bis diese ökonomische Erwägung realisiert werden könne. Das sei nicht widersprüchlich, denn es gebe ja den Einspeisevorrang im EEG, an dem niemand rütteln werde. Die erneuerbaren Energien seien also in keiner Weise gefährdet. „Im Gegenteil: Derjenige, der heute in ein Kohlekraftwerk investiert, muss sich die Frage stellen, wie lange er am Markt damit reüssieren kann. Denn nach der Merit-Order kommen zuerst die erneuerbaren Energien und dann die Kernenergie; die Energieformen, die teuer sind und CO<sub>2</sub> produzieren, werden sukzessive verschwinden. Das ist eine klare Linie“, sagte Nüßlein.

**Heinz Riesenhuber** betonte die Bedeutung von Forschung und Innovation als Felder, auf denen Zukunft entstehe. Die Koalition fahre Bürokratie nicht nur zurück, um Kosten zu senken, sondern auch, um Freiheiten zu schaffen, um die Möglichkeit zu Neuem zu eröffnen. Bei der Forschung für den Mittelstand hätte die Koalition mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand in der Krise gewaltige Summen draufgelegt: in diesem Jahr 450 Millionen Euro zusätzlich zu den bisherigen 313 Millionen Euro. Zweck sei, dass auch

unter dem Druck der Krise die mittelständischen Unternehmen, die Quelle für viele Innovationen seien, ihre Forschung durchhalten könnten. Zur Hightech-Strategie sagte Riesenhuber, dass sich die Förderung der Schlüsseltechnologien zunehmend an gesellschaftlichen Zielen wie Gesundheit, Sicherheit, Alter, Kommunikation und Mobilität orientieren müsse und werde. Das sei genau die Strategie aus einem Guss, die dem Einzelnen Freiheit und die Chance gebe, seine Rolle zu finden und erfolgreich zu sein, für sich selbst und für uns alle.

**Nadine Müller**, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, meinte, die beste Innovationsförderung bringe nichts, wenn nicht genügend Fachkräfte da seien: Fachkräfte, die forschen und entwickeln und dadurch die Innovationen hervorbringen, und Fachkräfte, die Innovationen in Produkte umsetzen. Deshalb sei eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte der erhöhte Fachkräftebedarf. Die Antwort auf diese Herausforderung müsse eine ganz klare Schwerpunktsetzung auf Investitionen in die Bildung sein. 12 Milliarden Euro werde die Bundesregierung in Bildung und Forschung investieren. Müller stellte klar, dass die Politik den Fachkräftemangel nicht allein bewältigen könne. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft müssten Hand in Hand arbeiten. Ein Bereich, in dem das sehr gut funktioniere, sei der Ausbildungspakt, mit dem die Ausbildungssituation für junge Menschen deutlich verbessert worden sei. Schade sei allerdings, dass sich die Gewerkschaften dem Ausbildungspakt nach wie vor nicht angeschlossen hätten. Müller appellierte an die Gewerkschaften, sich einen Ruck zu geben und beim Ausbildungspakt mitzumachen. Es gehe um die Zukunft der jungen Menschen, um die Zukunft der Betriebe und nicht zuletzt um die Arbeitsplätze in unserem Land.

## Haiti - Perspektiven für ein geschundenes Land



Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Holger Haibach

Wie steht es um die internationalen Hilfsmaßnahmen in Haiti? Welche Rolle kann Deutschland beim Wiederaufbau eines Landes spielen, in dem 80 Prozent der Bevölkerung von weniger als zwei US-Dollar Tageseinkommen leben und 60 Prozent unterernährt sind? Diese Fragen standen im Zentrum der fraktionsoffenen Sitzung „Haiti - Perspektiven für ein geschundenes Land“. Auf Einladung des entwicklungspolitischen Sprechers, Holger Haibach, und des Vorsitzenden des Arbeitskreises „Lateinamerika“, Peter Weiß, standen Bundesinnenminister de Maizière, Repräsentanten der beiden großen Hilfsbündnisse „Aktion Deutschland Hilft“ und „Bündnis Entwicklung Hilft“ sowie Vertreter des BMZ und des AA den Abgeordneten Frage und Antwort.

Die traurige Bilanz des Erdbebens im Armenhaus der westlichen Hemisphäre bildete den Ausgangspunkt der Gespräche: 112.000 geborgene Tote, 194.000 Verletzte, 800.000 Obdachlose, 400.000 Binnenvertriebene und insgesamt 3,5 Millionen Betroffene. Unter den 900 EU-Bürgern, die noch vermisst werden, befinden sich auch zwei Deutsche. 133 Menschen konnten nach Angaben des Bundesinnenministers hingegen gerettet werden.

De Maizière verwies darauf, dass die Sicherheitslage dank des Engagements der Amerikaner weitestgehend stabil sei. Der größte Bedarf bestehe derzeit im Bereich Nahrungsmittel, Wasser und Hygiene. Zwei THW-Trinkwasseraufbereitungsanlagen seien in Betrieb genommen worden. An die Hilfsorganisationen und die privaten Spender richtete er ein großes Dankeschön für ihr Engagement.

Die Kommunikationsmedien funktionierten weitestgehend wieder, sodass auch die Menschen im ländlichen Raum Informationen über das Radio bezüglich der Entwicklungen im Land und insbesondere in der Hauptstadt erhielten.

Die größte Aufgabe, so de Maizière, sei die Klärung der Frage, wie die Rettungshelfer so schnell wie möglich in

das Hinterland gelangen, um auch dort Soforthilfe leisten zu können. Die verschütteten Straßen zu überwinden, sei derzeit das größte Problem.

Die Vertreter der beiden Hilfsbündnisse Heribert Scharrenbroich und Manuela Roßbach von „Aktion Deutschland Hilft“ sowie Dr. Eberhard Seiler vom „Bündnis Entwicklung Hilft“ unterstrichen übereinstimmend die gute Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen vor Ort. Jetzt gehe es darum, die Hilfsgüter auch außerhalb von Port-au-Prince an die Menschen zu bringen.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen prognostiziere eine erhebliche Zunahme von Landflucht, so Scharrenbroich. Der Flucht in die Städte gelte es mithilfe einer verstärkten Fokussierung auf den ländlichen Raum entgegenzuwirken. Beim Konzept des Wiederaufbaus bedürfe es zudem des „Good Governance“-Ansatzes. Dieser solle die Bedingung für weitere Hilfsmaßnahmen sein. Die Haitianer müssen beim Wiederaufbau des Landes beteiligt werden, um gemeinsam eine Perspektive für Bildung, Gesundheit, Beschäftigung und Rechtsstaatlichkeit zu schaffen.

Auch Dr. Eberhard Seiler vom „Bündnis Entwicklung Hilft“ sah die Chance, eine neue Lebensgrundlage für die Haitianer zu schaffen. Nach drei Monaten Nahrungsmittelhilfe sollte diese eingestellt werden, um anschließend die eigenständige Wirtschaft des Landes anzukurbeln. Die in der Vergangenheit betriebene Misswirtschaft im Sektor der natürlichen Ressourcen, gelte es in Zukunft entgegenzuwirken, um die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Haitis zu fördern.

Nach Abschluss der Nothilfephase müsse die Schaffung von Einkommen für die Menschen im Vordergrund stehen. Denkbar seien „cash for work“ Programme, beispielsweise zur Trümmerbeseitigung. Darüber hinaus sei auch der Aufbau demokratischer Strukturen von zentraler Bedeutung. An die deutsche Bundesregierung richteten die Hilfsorganisationen den Wunsch, bei der Einfuhr der Hilfsmittel unterstützend tätig zu werden.

Die Vertreter des BMZ und AA betonten beide die Notwendigkeit einer optimalen Verzahnung der Hilfsmaßnahmen beim Übergang von der Soforthilfe zur frühen und späten Wiederaufbauphase. Hier habe die internationale Staatengemeinschaft aus den Erfahrungen des Tsunami gelernt.

Der entwicklungspolitische Sprecher Haibach rief alle Anwesenden dazu auf, aus der Krise eine Chance für Haiti zu machen. In den nächsten Monaten müsse nach dem Motto „build back better“ gehandelt werden. Wiederaufforstung und die Erarbeitung besserer Bebauungspläne seien unter zahlreichen weiteren Maßnahmen wichtige Etappenziele. Die „traurige Chance der Stunde Null“ müsse jetzt genutzt werden, appellierte Haibach abschließend.

## Stand im 1. Untersuchungsausschuss



**Ernst-Reinhard Beck**  
Sprecher der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion im  
Kunduz-Untersuchungs-  
ausschuss

Der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im sogenannten Kunduz-Untersuchungsausschuss **Ernst-Reinhard Beck** zum Stand der Beratungen:

Im ersten Untersuchungsausschuss bemüht sich die christlich-liberale Koalition um eine sachliche Aufklärung ohne Klamauk. Wir hatten deshalb schon zu Beginn der Beratungen einen Arbeitsplan vorgelegt, der eine systematische Abarbeitung des Auftrages des Gremiums erlaubt: In Themenblock 1 sollen die Vorgänge in Kunduz am 4. September 2009 aufgeklärt werden, in Themenblock 2

Meldungen und Meldeverfahren. In Themenblock 3 kann unserer Meinung nach die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung diskutiert werden. Die Lehren aus den Ereignissen wollen wir im vierten Themenblock erörtern, um Informationspannen künftig zu vermeiden.

Die anderen Fraktionen haben dieses Vorgehen inzwischen akzeptiert. Auf den Prolog, der einen einheitlichen Kenntnisstand vor allem der neuen Abgeordneten erreichen sollte, wurde verzichtet, da die Opposition ihn für überflüssig hält.

Wir haben uns darauf verständigt, Themenblock 1 und 2 in drei Sitzungen am 10. und 25. Februar sowie am 4. März zu behandeln. Ab 18. März wird mit der Vernehmung der politisch Verantwortlichen begonnen. Damit kann die Opposition nicht mehr den Vorwurf der Blockade erheben. Wir haben mehrfach unser Aufklärungsinteresse betont; bei der Opposition ist dieses Interesse begrenzt.

Wir haben uns auch auf den Sitzungstag verständigt. Hier hatte die Koalition für Mittwoch plädiert, um den Abgeordneten die Teilnahme am Plenum nicht zu verwehren. Wir sind jedoch der Opposition entgegengekommen und haben uns auf Donnerstag, 14.00 - 20.00 Uhr, geeinigt. Das Gesetz über die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse setzt auf Konsens zwischen Mehrheit und Minderheit. Gelingt dies nicht, so träte zum Beispiel bei den Zeugen das Reißverschlussverfahren in Kraft, bei dem Koalition und Opposition abwechselnd ihre Zeugen benennen. Wir streben auch hier Einvernehmen an, um zu verhindern, dass die Bundeswehr dauerhaft mit dem Thema konfrontiert wird und die Moral der Truppe leidet.

Der Opposition geht es nicht um Aufklärung. Sie will sofort in die Vernehmung der politisch Verantwortlichen einsteigen und ein politisches Tribunal veranstalten. Kanzlerin Angela Merkel und die Minister Franz Josef Jung und Karl-Theodor zu Guttenberg sollen noch vor der NRW-Wahl mehrfach in den Zeugenstand gerufen werden. Der COMISAF-Bericht wird von ihr als „Wahrheit“ angesehen. Wir sind hingegen der Meinung, dass eigene Untersuchungen zur Sachverhaltsaufklärung notwendig sind.

# Finanzmarktregulierung – Krisen in Zukunft vermeiden. Regulierungsmaßnahmen ohne Zögern



**Leo Dautzenberg**  
Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe Finanzen

Die soziale Marktwirtschaft, das Leitbild der Finanz- und Wirtschaftspolitik von CDU und CSU, gebietet einen festen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte. Schließlich haben die Finanzmärkte eine dienende Funktion für Verbraucher und Wirtschaft; sie sind vornehmlich Intermediäre, also Brückenbauer zwischen Privatpersonen und Unternehmen untereinander. Umso wichtiger ist, dass die Finanzmärkte ihrer unterstützenden Aufgabe gerecht werden. In den vergangenen

Jahren war es zu gefährlichen Übertreibungen auf den Finanzmärkten gekommen, die getrieben waren von zu viel flüssigem Geld, das durch extrem niedrige Zinsen der US-amerikanischen Notenbank sowie dem Aufkeimen der globalen Wirtschaft zur Verfügung stand. Zudem „verführte“ die US-amerikanische Regierung geradezu Banken zu riskanten Geschäften, indem sie sich zum Ziel setzte, dass ihre Bürger weitgehend ein Eigenheim in persönlichem Eigentum bewohnen sollten. Dass die durch den Anstieg der Zinsen und den Ausfall von Hauseigentümern schwelenden Risiken in den USA durch Verbriefungen gerade Europa so in Mitleidenschaft ziehen könnten, war von einigen Wissenschaftlern früh gesehen worden. Viele glaubten aber, eine Art Perpetuum Mobile sei erfunden worden, das dauerhaft Gewinnsteigerungen bei Banken hervorbringen könne. Unter der rot-grünen Bundesregierung zu Beginn des neuen Jahrtausends hat sich auch Deutschland von dem ordnungspolitischen Leitbild klarer Planken für den Finanzmarkt gelöst und zu sehr dem anglo-amerikanischen Laissez-faire-Prinzip nachgestrebt. Produkte, deren Namen kaum auszusprechen sind, wurden zum Ideal. Nicht schnell genug folgten auch und gerade deutsche Banken der Idee der Verbriefung von Immobilienkrediten in den USA, ohne Bonität und Nachhaltigkeit dieser Politik zu hinterfra-

gen. Die Finanzmarktstabilisierungsgesetze, die wir nach der Lehman-Pleite auf den Weg brachten, waren eine Schnellreaktion auf die Krise. Jetzt heißt es dauerhaft, die Ideale der sozialen Marktwirtschaft zu etablieren, und zwar weltweit, durch eine angemessene und vernünftige Regulierung.

Als Folge der Finanzmarktkrise mit all ihren negativen Auswirkungen muss also für uns gelten, dass erstens eine Krise wie die vergangene in Zukunft auf jeden Fall zu vermeiden ist, und zwar durch harte Regulierung. Zweitens sind die Banken, die von den Maßnahmen des Staates profitiert haben, an den Kosten des Staates, der Steuerzahler also, zu beteiligen. Und drittens darf der Staat, also wir Steuerzahler, in Zukunft nicht mehr erpressbar sein.

Daher sind alle Maßnahmen, die derzeit auf dem Tisch liegen, intensiv und zügig zu prüfen, auch etwa die des amerikanischen Präsidenten Barack Obama.

Scheitern gehört zur Marktwirtschaft. Daher müssen auch Banken in die Insolvenz gehen können, ohne dass es weltweite Verwerfungen wie nach der Lehman-Pleite gibt, die fast das gesamte globale Wirtschaftssystem kippen können. Die etablierten Instrumente zur Bewältigung von Unternehmensschieflagen bei systemrelevanten Banken haben versagt. Durch staatliche Stabilisierungsmaßnahmen, die die Fortführung des Geschäftsbetriebs ermöglichen, müssen in Zukunft solche negative Dominoeffekte dauerhaft vermieden werden. Zugleich sollen negative Anreize für das Risikoverhalten von Bankmanagement, Investoren und Gläubigern gesetzt werden. Deshalb besteht das dringende Bedürfnis, auch für systemrelevante Banken Instrumente vorzuhalten, die im Krisenfall eine geordnete Reorganisation ermöglichen und Anteilseigner und Gläubiger angemessen an der Rettung beteiligen. Wir diskutieren diese Maßnahmen in der CDU/CSU Fraktion intensiv und entwickeln eigene Konzepte. Dabei könnte der SoFFin, der die dem Finanzmarkt zur Absicherung zur Verfügung gestellten 480 Milliarden Euro überwacht, eine tragende Rolle einnehmen, etwa durch die Sicherstellung von Zahlungsströmen, wenn eine Bank in Schwierigkeiten geraten sollte.

Derzeit gibt es nicht die Möglichkeit der Restrukturierung von Banken, anders als bei Unternehmen, sondern allein die Wahl zwischen „Leben“ und „Tod“. Wenn der SoFFin aber in Krisenfällen etwa mit einer Bankenabgabe unterlegte Garantien ausspräche, wären vertragliche Schwierigkeiten wie eine sofortige Fälligkeit von Derivaten vermieden, die häufig in internationalen Verträgen vereinbart ist. So könnte die Bank wieder „ins richtige Fahrwasser“ gebracht werden.

Wir diskutieren auch einen Abwicklungs- und Umlauffonds. Ein solcher Fonds könnte ein Schlüsselinstrument sein für eine faire Beteiligung des Bankensektors an den Kosten bei der Bewältigung möglicher zukünftiger Krisen. Zugleich ist er ein Beitrag zur Beseitigung der Fehlanreize durch das Too-Big-To-Fail-Problem. Dabei dürfen wir aber nicht die unser System stabilisierenden kleinen und mittleren Banken über Gebühr belasten. Daher erarbeiten wir Lösungen, wie systemrelevante Banken zu definieren wären, die in diesen Fonds einzahlen sollen.

International in der Abstimmung befinden sich neue strengere Vorgaben zur Eigenkapitalunterlegung der Risiken, die Banken eingehen. Die derzeitigen Basel II Vorgaben wirken krisenverschärfend, da sie in „guten“ Zeiten eine geringe Eigenkapitalanforderung enthalten, in „schlechten“ Zeiten aber diese anziehen, was wiederum Kredite für Unternehmen und Private verteuert.

In Deutschland haben wir bereits Gesetzgebungsprozesse zur besseren Überwachung von Rating-Agenturen und zu angemessenen Vergütungsstrukturen eingeleitet.

Den festen und stabilen Ordnungsrahmen, den die soziale Marktwirtschaft gebietet, gestalten wir derzeit also aktiv und äußerst engagiert auf deutscher Ebene genauso wie in Europa und weltweit bei den G 20. Uns eint das Ziel, Krisen wie die anhaltende in Zukunft zu vermeiden.

## „Nie wieder“ – Die bewegende Rede von Präsident Peres im Bundestag

In einer bewegenden Rede hat der israelische Präsident Schimon Peres im Bundestag an die Opfer des Holocaust erinnert und die Bestrafung noch lebender NS-Verbrecher gefordert. Das Staatsoberhaupt warnte in einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus zudem eindringlich vor Irans Massenvernichtungswaffen. Der 86-jährige Friedensnobelpreisträger war nach Ezer Weizman und Mosche Katzav der dritte israelische Präsident, der vor dem Parlament sprach. Am Holocaust-Gedenktag erinnerte er auch an den Beginn der Aussöhnung durch die Gründerväter Israels und der Bundesrepublik David Ben-Gurion und Konrad Adenauer vor 50 Jahren.

Die wichtigsten Passagen nach dem vorab verbreiteten Redemanuskript:

„(...) Meine Freunde, Gesandte des deutschen Volkes und dessen Vertreter, im Staat Israel und überall auf der Welt weilen immer weniger Überlebende der Shoa unter uns. Ihre Zahl nimmt täglich ab.

Und gleichzeitig leben auf deutschem Boden, in Europa und anderswo auf der Welt noch immer Menschen, die damals dieses schrecklichste Ziel verfolgten - den Völkermord. Ich bitte Sie: tun Sie alles, um diesen Verbrechern ihre gerechte Strafe zu erteilen. In unseren Augen handelt es sich nicht um Rache. Es geht um Erziehung. (...)

Vor meinem geistigen Auge steht die prächtige Gestalt meines von mir so bewunderten Großvaters, Rabbi Zwi Meltzer, ein würdiger und schöner Mann, dessen Lieblingsenkel ich war. Er war mein Lehrer und Erzieher.

Er lehrte mich die Thora. Ich sehe ihn noch vor mir mit seinem weißen Bart und seinen dunklen Augenbrauen, eingehüllt in den Gebetsmantel, inmitten aller Betenden in der Synagoge, in meinem Geburtsstädtchen Wiszniewo in Weißrussland. (...)

Ich erinnere mich, wie er am Bahnsteig stand, von wo aus der Zug mich, den elfjährigen Jungen, von unserem Dorf ins Heilige Land Israel bringen sollte. Ich erinnere mich an seine überschwängliche Umarmung. Und ich erinnere mich an seine letzten Worte, die mir befahlen: "Mein Junge, bleib immer ein Jude!"

Die Lokomotive piff und die Bahn fuhr los. Ich blickte meinem Großvater durchs Fenster nach, bis seine Gestalt verschwand. Es war das letzte Mal, dass ich ihn sah. (...)

Und nun zur bedeutendsten aller Lehren: "Nie wieder". Nie wieder eine Rassenlehre. Nie wieder ein Gefühl von Überlegenheit. Nie wieder eine scheinbar gottgegebene Berechtigung zur Hetze, zum Totschlag, zur Erhebung

über das Recht. Nie wieder zur Verleugnung Gottes und der Shoa.

Nie wieder dürfen blutrünstige Diktatoren ignoriert werden, die sich hinter demagogischen Masken verbergen und mörderische Parolen von sich geben.

Meine Freunde, Vertreter des deutschen Volkes, die Drohungen, unser Volk und unseren Staat zu zerstören, werden im Schatten von Massenvernichtungswaffen ausgestoßen, die im Besitz irrationaler Menschen sind, die nicht zurechnungsfähig sind und die nicht die Wahrheit sprechen. (...)

Meine sehr verehrten Anwesenden, wir erinnern uns noch gut, wie uns damals, als unsere Wunden noch bluteten, von unerwarteter Seite Hilfe angeboten wurde - nämlich vom neuen Deutschland.

Zwei historische Persönlichkeiten reichten sich über dem Abgrund die Hand: Kanzler Konrad Adenauer, der Vater der demokratischen Bundesrepublik, und David Ben-Gurion, Gründer und erster Ministerpräsident des Staates Israel.

Am 27. September 1951 hielt Kanzler Adenauer eine Rede im Bundestag. Er sprach von der Verantwortung des deutschen Volkes für die Verbrechen des Dritten Reiches, seine Verantwortung dem jüdischen Volk gegenüber, und über die Bereitschaft seiner Regierung, die Juden für den Raub ihres Besitzes zu entschädigen und dem jungen Staat beim Aufbau unter die Arme zu greifen.

Der Entschluss der israelischen Regierung, mit der deutschen Regierung direkt zu verhandeln, führte zu einer noch nie dagewesenen Protestwelle unter den Juden in der Welt. Überlebende mit eintätowierten Todesnummern der Vernichtungslager bewarfen das israelische Parlament mit Steinen, aber es gab auch solche, die Ben-Gurion unterstützten.

Doch Ben-Gurion bestand auf seinem Entschluss: Es gibt ein anderes Deutschland, mit dem wir über die Zukunft, und nicht nur über die Vergangenheit reden müssen. Schweren Herzens stimmte die Knesset zu. Die Reparationen aus Deutschland halfen Israel aus seiner Notlage und leisteten einen wesentlichen Beitrag zur schnellen Entwicklung des Landes. (...)

Sehr verehrte Anwesende, ich stehe heute vor Ihnen im Glauben, dass es in Ihrer und auch unserer Macht steht, den Lauf der Geschichte zu ändern. Ich glaube daran, dass der Frieden in Reichweite ist. Drohungen gegen Israel werden uns nicht von diesem Weg abbringen.

Ich stehe heute vor Ihnen als Sohn eines Volkes, das bereit ist, alles Menschenmögliche zu tun, um eine bessere Welt zu schaffen, in welcher der Mensch dem Menschen ein Mensch ist. (...)"

## Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



**Dr. Maria Flachsbarth**  
Beauftragte für Kirchen und  
Religionsgemeinschaften



**Dr. Georg Nüßlein**  
Beauftragter für IT-,  
Kommunikations- und  
Postpolitik



**Andreas Jung**  
Beauftragter für  
Elektromobilität



**Thomas Bareiß**  
Vorsitzender der Energie-  
koordinationsgruppe



**Stefan Müller**  
Vorsitzender der  
Projektgruppe Integration

**Familienfreundlichkeit in Deutschland deutlich verbessert**

Innerhalb von fünf Jahren hat Deutschland seine Familienfreundlichkeit so stark verbessert wie kein anderes europäisches Land mit Ausnahme von Finnland.

Im internationalen Vergleich belegt es bereits heute einen Spitzenplatz bei der finanziellen Unterstützung von Eltern. Auch bei der Vermeidung von Familienarmut ist das deutsche System wesentlich erfolgreicher als die meisten anderen. Lediglich 10 Prozent der Eltern mit einem Kind hatten 2007 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Mit zunehmender Kinderzahl steigt jedoch das Armutsrisiko.

Gute Noten erhält auch das deutsche Bildungssystem, das in den vergangenen Jahren deutlich verbessert werden konnte, wie die internationalen Vergleichsstudien PISA und IGLU zeigen. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)



Aussteigerprogramm für Taliban

**Zahl der Empfänger staatlicher Hilfe zurückgegangen:** Die Zahl der Personen, die auf existenzsichernde Hilfe des Staates angewiesen waren, ist zurückgegangen. Zum Jahresende 2008 betrug die Zahl der Leistungsempfänger 7,6 Millionen, das waren 5,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit war jeder elfte Bundesbürger auf eine staatliche Grundsicherung angewiesen. Den größten Anteil daran bilden mit 6,6 Millionen die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld. Die klassische Sozialhilfe erhielten etwa 860 000 Personen, das waren 4,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Weitere 128 000 Personen bezogen zudem Asylbewerberleistungen in Höhe von 800 Millionen Euro. 46 000 Empfänger erhielten von der Kriegsofopferfürsorge Zuwendungen in Höhe von 500 Millionen Euro. Diese beiden Gruppen sind stark geschrumpft: Die Zahl der Asylbewerber sank um fast 17 Prozent, die der Empfänger von Kriegsofopferfürsorge sogar um knapp 23 Prozent. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

**IMPRESSUM**

Herausgeber  
 Peter Altmaier MdB  
 Stefan Müller MdB  
 CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
 Redaktion: Dr. Dominik Geißler  
 (verantw.)  
 Christine Maier (Layout)  
 Telefon (030) 227 53015  
 Telefax (030) 227 56660

**TERMINE**

- 03./04.02.2010 Klausurtagung der Arbeitsgruppe Tourismus
- 07./08.02.2010 Klausurtagung der Arbeitsgruppe Finanzen